

GRIECHENLAND

Gewerkschaftsmonitor

April 2020

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Dreimal wurden die Griech_innen zwischen Mai und Juli 2019 an die Wahlurne gerufen. Auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene konnten sie über die Zukunft ihres Landes entscheiden. Als die regierende linke SYRIZA-Partei bei den Kommunal- und Europawahlen Ende Mai deutliche Verluste zugunsten ihrer konservativen Kontrahentin NEA DIMOKRATIA erlitt, kündigte ihr Vorsitzender und Ministerpräsident Alexis Tsipras noch am Wahlabend vorgezogene Parlamentswahlen für Anfang Juli an. NEA DIMOKRATIA unter Kyriakos Mitsotakis ging daraus mit knapp 40 Prozent als klarer Sieger hervor und konnte aufgrund des im Wahlrecht vorgeschriebenen Bonus' von 50 Mandaten fortan allein regieren. SYRIZA erreichte immerhin 31 Prozent – was die Partei selbst positiv überraschte – und wurde damit zur stärksten Oppositionspartei. Die sozialdemokratische Partei KINAL (Ex PASOK) erzielte knapp über 8 Prozent und konnte ihr Ergebnis im Vergleich zu den Wahlen 2015 zumindest leicht verbessern. Die neonazistische »Goldene Morgenröte« verfehlte die 3-Prozent-Hürde und schied damit erfreulicherweise aus dem griechischen Parlament aus. Das für Griechenland traditionelle Zweiparteiensystem wurde mit diesem Wahlergebnis wiederhergestellt.

Griechenlands neuer Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis entstammt einer der mächtigsten Politikerfamilien des Landes – eher eine Hypothek, wird doch dem politischen Establishment die Hauptverantwortung für die Staatsschuldenkrise und ihre sozialen Verwerfungen zugeschrieben. Mittlerweile erfreut sich der 51-jährige Regierungschef allerdings hoher Beliebtheit, auch weil er sich um ein eher zurückhaltendes und sachliches Auftreten bemüht. Er zählt zum fortschrittlichen und liberalen Flügel seiner Partei, versucht aber gleichzeitig, dem rechten Rand der Nea DIMOKRATIA inhaltlich und personell entgegenzukommen. So sprach sich Mitsotakis im vergangenen Jahr vehement gegen das Prespa-Abkommen mit Nordmazedonien aus, obgleich ihm persönlich durchaus bewusst war, dass es zu einer Einigung mit dem

nördlichen Nachbarn keine Alternative gibt. Gleichzeitig steht Mitsotakis für eine Öffnung zur politischen Mitte und hat in sein Kabinett Politiker_innen des progressiven Lagers und ehemalige PASOK-MinisterInnen gerufen. Sein jüngster taktischer Schachzug in dieser Hinsicht war Ende Januar der Vorschlag von Ekaterini Sakellaropoulou als Kandidatin für das Amt der Staatspräsidentin. Ekaterini Sakellaropoulou, derzeit noch Vorsitzende des Obersten Verwaltungsgerichtes, ist parteilos – auch dies für griechische politische Verhältnisse eine Neuerung – und dem progressiven Lager zuzuordnen. Frau Sakellaropoulou wurde mit klarer Mehrheit im ersten Wahlgang mit den Stimmen der Oppositionsparteien SYRIZA und KINAL gewählt. Damit steht ab März 2020 erstmals in der Geschichte Griechenlands eine Frau an der Spitze des Landes. Ihre Wahl ist auch als Signal einer neuen politischen Einheit zu verstehen; erstmals wurde diese Wahl nicht zum Spielball parteitaktischer Machtinteressen.

Die programmatischen Schwerpunkte von Regierungschef Mitsotakis lassen sich kurz zusammenfassen: Wirtschaftswachstum durch ausländische Investitionen, Strukturreformen, Steuer- und Abgabensenkungen, Modernisierung des Staates und Abbau von Bürokratie u. a. durch Digitalisierung, sowie die Verbesserung der inneren Sicherheit. Vor allem das harte Durchgreifen der Polizei gegen Hausbesetzungen und die Aufhebung des sogenannten »Universitätsasyls«, welches der Polizei bisher den Zugang zu Universitätsgebäuden und damit die Ahndung von dort begangenen Straftaten untersagte, haben Mitsotakis hohe Zustimmungswerte über Parteigrenzen hinweg verschafft. Die Verschärfung des Asylrechts im Herbst 2019 mit dem Ziel, die Rückführungen in die Türkei zu erleichtern, die Asylverfahren zu beschleunigen und geschlossene Aufnahmelager auf den fünf ostägäischen Inseln zu errichten, ist als innenpolitisches Signal zu werten. Denn insbesondere auf den Inseln wachsen Unmut und Zorn der Bevölkerung, die sich sowohl von der griechischen Regierung als auch den europäischen Partnern im Stich gelassen fühlt. Die politische Zukunft der Regierung Mitsotakis hängt maßgeblich davon ab, ob es ihm gelingen wird, eine nachhaltige Lösung für die völlig überlasteten Inseln zu finden und dazu die Solidarität der EU-Partner zu mobilisieren.

SYRIZA und KINAL versuchen seit letztem Sommer, sich neu aufzustellen und in ihre gemeinsame Rolle als Opposition hinein zu wachsen. SYRIZA ist dabei stärkste Oppositionspartei und vor allem von jungen Menschen gewählt worden. Ihr Vorsitzender Tsipras sitzt parteiintern fest im Sattel, seine Führungsrolle wird bisher von niemandem in Frage gestellt. Schon seit längerem möchte er der radikalen Linkspartei ein sozialdemokratisches Profil verleihen und sie als breite »progressive Allianz« im Mitte-Links-Spektrum – und damit als Konkurrentin zu KINAL – etablieren. Dagegen gibt es innerparteilichen Widerstand seitens der Plattform »53+«, einem Zusammenschluss namhafter Politiker_innen, welche die Rückkehr zu den radikalen Wurzeln von SYRIZA fordern. Die Partei befindet sich in einem Selbstfindungsprozess, eine programmatische Neuausrichtung wird für ihren nächsten Kongress (geplant Ende Mai 2020) in Aussicht gestellt.

KINAL beobachtet diese Entwicklungen derweil mit unverhohlenem Misstrauen. Zwar konnte die Partei unter ihrer Vorsitzenden Fofi Gennimata ihr Ergebnis bei den Juli-Wahlen geringfügig verbessern, aber die altherwürdige sozialistische Partei ist mit Umfragewerten zwischen 5 und 6 Prozent nur noch ein Schatten ihrer Selbst und kämpft ums Überleben. Sie versucht bisher erfolglos, ihr Profil als unabhängige progressive Kraft zu schärfen. Sie verfolgt dabei eine Politik des gleichen Abstandes gegenüber NEA DIMOKRATIA und SYRIZA. Statt sich auf die dringend notwendige programmatische und personelle Erneuerung zu konzentrieren, werden Ressourcen durch innerparteiliche Machtkämpfe verschwendet. Zu drängenden politischen Fragen nimmt KINAL kaum oder nur unscharf Stellung, alternative Konzepte entwickelt sie nicht, insbesondere junge Menschen kann sie nicht mehr für sich begeistern. Es ist fraglich, ob der nächste Parteitag (Datum jetzt ungewiss) den längst überfälligen Neuanfang endlich einleiten und der Partei eine Perspektive geben wird.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Nach Jahren der Krise befindet sich Griechenlands Wirtschaft auf Wachstumskurs. Die Prognosen für 2020 gehen allerdings auseinander: Während die Regierung einen Anstieg der wirtschaftlichen Leistung um 2,8 Prozent verspricht, betrachtet die EU-Kommission einen Zuwachs von 2,3 Prozent als realistisch. Die Staatsschulden sind von 184 Prozent des BIP (2018) auf noch immer alarmierende 176 Prozent (2019) gesunken. Entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft wird sein, ob es der Regierung Mitsotakis gelingt, mit den Gläubigern eine Senkung des in den Memoranden festgeschriebenen jährlichen Primärüberschuss von 3,5 Prozent zu verhandeln, um mehr finanziellen Spielraum für Investitionen zu haben. Frankreich hat dem griechischen Premier bereits seine Unterstützung in den Verhandlungen zugesagt. Mitsotakis wirbt daher seit der Regierungsübernahme auf internationalem Parkett um Vertrauen dafür. Begeistert twitterte er Ende Januar »Griechenland ist zurück«, als die Ratingagentur Fitch Griechenlands Kreditwürdigkeit von »BB-« auf »BB« hochstufte.

Mitsotakis will Griechenland mit einem Mix aus Steuersenkungen, Strukturreformen und investitionsfördernden Maß-

nahmen wieder auf Wachstumskurs bringen. Konkret sieht sein Wirtschaftsplan vor, Unternehmens- und Gewerbesteuer schrittweise zu senken. ArbeitnehmerInnen sollen durch eine ebenfalls schrittweise Senkung des Eingangssteuersatzes, der Sozialabgaben sowie der Abschaffung der Solidaritätsabgabe entlastet werden. Derzeit werden Pläne diskutiert, den Mindestlohn von 650 Euro innerhalb der nächsten drei Jahre auf 703 Euro anzuheben. Um Griechenland für ausländische Investitionen attraktiver zu machen, verabschiedete das Parlament im Oktober 2019 ein Investitionsförderungsgesetz, welches u.a. eine Vereinfachung der Prozeduren für Unternehmensgründungen und gestraffte Genehmigungsverfahren für Investitionen vorsieht. Insbesondere ausländische Investoren sollen angesprochen werden, ganz oben auf der Liste der Favoriten stehen China, Saudi-Arabien sowie Frankreich. Privatisierungsprojekte, die unter der SYRIZA-Regierung nicht vorankamen, sollen endlich unter Dach und Fach gebracht werden.

Trotz dieser positiven Signale ist die Arbeitslosenzahl mit 16,8 Prozent (2019) nach wie vor die höchste in Europa, wobei die Zahl arbeitsloser Frauen mit 24,2 Prozent weit über der der Männer liegt (15,4 Prozent). Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit liegt Griechenland mit 35,6 Prozent (2019) europaweit an der Spitze. Der mit Beginn der Krise vor zehn Jahren einsetzende Brain-Drain junger, gut ausgebildeter Griech_innen setzt sich fort. Die Regierung versucht jetzt, mit dem »Re-brain Greece«-Programm diesem Trend zu begegnen: Ziel einer ersten Phase ist es, rund 500 junge griechische Wissenschaftler_innen aus dem Ausland zurückzuholen und ihnen im ersten Jahr ihrer Tätigkeit ein Bruttogehalt von 3000 Euro monatlich zu garantieren. Das griechische Arbeitsministerium will die Gehälter im ersten Jahr zu 70 Prozent bezuschussen, sofern sich das jeweilige Unternehmen bereit erklärt, den Arbeitsvertrag um weitere 12 Monate zu verlängern.

Die Arbeitslosigkeit ist zwar leicht gesunken, bei den neu entstandenen Jobs handelt es sich jedoch meist um Teilzeitstellen oder saisonale Jobs. Mitte letzten Jahres waren 30 Prozent der Arbeitsplätze Teilzeit mit einem monatlichen Bruttoverdienst von nur 400 Euro. Der Durchschnittsbruttolohn für eine Vollzeitstelle betrug im vergangenen Jahr 1160 Euro. Rund die Hälfte aller versicherten Angestellten verdiente 2019 weniger als 818 Euro brutto.

Zu einem zunehmenden sozialen Problem entwickelt sich der Anstieg der Mietpreise. Allein innerhalb der letzten 12 Monate verzeichneten einige Bezirke Athens einen Anstieg der Mieten um 25 Prozent. Bedingt wird diese Entwicklung durch Wohnraummangel, steigende Immobilienpreise und eine wachsende Nutzung von Wohnungen zur Kurzzeitvermietung, vornehmlich an Touristen. In einigen Stadtteilen hat dies zu einer starken Gentrifizierung geführt. Es gibt vereinzelt Bürgerproteste gegen diese Entwicklung, als ernstzunehmendes soziales Problem mit dringendem Handlungsbedarf ist dies von der Politik jedoch noch nicht erkannt worden.

Armut, soziale Ungleichheit und geringer sozialer Zusammenhalt sind nach wie vor Charakteristika der griechischen Gesellschaft. Zwar zeigt sich nach einem Jahrzehnt strikten Spa-

rens und sozialer Härte nun wieder ein schwacher Leuchtstreifen am Horizont, von Aufbruchstimmung ist jedoch (noch?) nichts zu spüren. Investitionen sind sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Ohne ein umfassendes Rahmenkonzept für nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaftswachstum und die gezielte Förderung von Sektoren jenseits der Tourismusbranche (z. B. IT, Logistik, erneuerbare Energien) ist eine nachhaltige Gesundung von Wirtschaft und Gesellschaft jedoch kaum zu erreichen. In diesem Zusammenhang stimmt die Tatsache nachdenklich, dass global aktuelle Themen wie Klimawandel oder Digitalisierung der Arbeit in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle spielen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Positionierung und gesellschaftliche Wahrnehmung der Gewerkschaften waren bis zuletzt vor dem Hintergrund ihrer Rolle während der Krise zu verstehen. Die vollständige Aufhebung von Tarifverträgen und die allgemeine Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen im Zuge der Hilfsprogramme hatte die Gewerkschaften nachhaltig geschwächt.

Nach dem Ausstieg aus den Memoranda und im Zuge des vorsichtigen Optimismus, das Land habe die Finanzkrise überwunden, wäre zu erwarten gewesen, dass die Gewerkschaften wieder eine aktivere Rolle übernehmen. Das ist allerdings mitnichten der Fall. Die sichtbarsten, jedoch in ihrer Wirkung extrem ineffektiven Aktionen der drei großen Gewerkschaften ADEDY (Dachverband der Arbeitnehmer_innen im öffentlichen Dienst), GSEE (Dachverband der Arbeitnehmer_innen im privaten Sektor) und PAME (Kommunistische Gewerkschaft) waren Generalstreiks. Die aus den Krisenjahren stammende Enttäuschung über die Gewerkschaften, aber auch die Einsicht in die Notwendigkeit einer Dialog- und Kompromisskultur in der griechischen Politik haben zu einer wachsenden Streikmüdigkeit geführt.

Im September und Oktober 2019 haben die zwei Gewerkschaftsdachverbände ADEDY und GSEE sowie PAME zum Generalstreik aufgerufen. Anlass waren die Pläne der Regierung, ein elektronisches Register auf der Webseite des Arbeitsministeriums für alle gewerkschaftliche Organisationen sowie elektronische Abstimmungen für Gewerkschaftsbeschlüsse einzuführen. So müssten auch Streikabstimmungen zukünftig elektronisch und damit nicht mehr anonym erfolgen. Das entsprechende Gesetz wurde trotz der Proteste vom Parlament verabschiedet. Im Dezember 2019 kündigte SELMA, die Vereinigung der Arbeitnehmer_innen der Athener Metro, eine Arbeitsniederlegung an. Anlass war die Versetzung von 21 Metroangestellten an die Fahrkartenschalter. Dass deswegen 2 Millionen Fahrgäste nicht mit der Metro fahren konnten, wurde öffentlich als völlig unangemessen heftig kritisiert.

Die Schwäche und Uneinigkeit der Gewerkschaftsbewegung zeigte sich Mitte März 2019 in der de-facto Annullierung des jährlichen GSEE-Kongresses. Am Tag der Eröffnung wurde der Saal von Mitgliedern der kommunistischen Gewerkschaft PAME gestürmt, sie besetzten mit Gewalt alle Sitze im Kongresssaal. Laut Aussage des GSEE-Vorsitzenden Panagopoulos

wollte PAME diejenigen Gewerkschaften, die nicht von der kommunistischen Partei kontrolliert werden, in den Augen der Öffentlichkeit diskreditieren und herabwürdigen. PAME warf GSEE vor, sich zu sehr an den Interessen der Arbeitgeber_innen zu orientieren und neoliberale Positionen einzunehmen. Der zweite Anlauf zum GSEE-Kongress fand im April 2019 statt. Erneut kam es zu heftigen, gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen PAME und den restlichen GSEE-Mitgliedern. Da so die Wahl eines Vorsitzes verhindert wurde, stand die GSEE rund ein Jahr führungslos und ohne Mandat für Lohn- und Arbeitsrechtverhandlungen da. Bis zum nächsten Kongress wurde ein Übergangsvorstand per Gerichtsbeschluss eingesetzt. Am 25. Februar 2020 fand schließlich unter starkem Polizeischutz und trotz der Proteste von PAME um das Tagungszentrum herum der dritte Kongress statt. Bei der Wahl für den GSEE-Rat gewann erneut die PASKE-Fraktion, die KINAL nahesteht, mit 17 Sitzen die Wahlen, während an zweiter Stelle die der konservativen Regierung nahe DAKE-Fraktion mit 11 Sitzen steht. Die Gewerkschafter_innen, die SYRIZA nahestehen, sind in zwei Fraktionen gespalten, die bei der Wahl beide schlecht abgeschnitten haben. Die Regierung wurde durch Vize-Präsident Panagiotis Pikrammenos auf dem Kongress vertreten, die KINAL-Vorsitzende Fofi Gennimata sprach ein Grußwort. Die Anwesenheit der beiden kann als positives Zeichen für einen Neuanfang im Dialog der Sozialpartner_innen gewertet werden.

Die beiden großen Dachverbände GSEE und ADEDY haben eine interne Erneuerung versäumt und nicht nur an Durchsetzungskraft, sondern auch an Glaubwürdigkeit verloren. Kaum jemand denkt heute, dass sich seine oder ihre Situation durch die Mitgliedschaft in einer dieser Gewerkschaften verbessern könnte, entsprechend niedrig ist der Organisationsgrad. In letzter Zeit wird diskutiert, ob Arbeitnehmer_innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen den Gewerkschaften beitreten dürfen. Arbeitnehmer_innen in atypischen Arbeitsverhältnissen, deren Zahl in den letzten Jahren stark zugenommen hat, wären mögliche neue Gewerkschaftsmitglieder. Dennoch gehen darüber die Meinungen innerhalb der Gewerkschaften auseinander. Für manche (wie z. B. das Arbeiterzentrum Athens EKA) bergen diese Arbeitnehmer_innen großes Potential für die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung. Dagegen steht die gängige und auch von der Gewerkschaftsführung vertretene Meinung, dass die Aufnahme von prekär Beschäftigten den Status der bisherigen Gewerkschaftsmitgliedschaft in Frage stellt.

GEWERKSCHAFTEN IN GRIECHENLAND – FAKTEN UND DATEN

ENTWICKLUNG SEIT DEN 1970ER-JAHREN

Die Gewerkschaften waren während der Militärdiktatur (1967–1974) nicht aktiv. In den ersten Jahren nach der Wiederherstellung der Demokratie wurden ihre Aktivitäten vom Staat stark kontrolliert. Das erneuerte Gesetz zu den Gewerkschaften von 1982, das unter anderem Wahlverfahren nach dem Verhältniswahlrecht vorsah, kennzeichnete den Beginn

einer für griechische Verhältnisse sehr aktiven Zeit für die Gewerkschaften, die bei der Politikgestaltung mitwirkten und am Sozialdialog teilnahmen. Die enge Verzahnung von (Regierungs-)Partei und Gewerkschaften zeichnete sich jedoch bereits damals ab und führte in der Folge zu einem jahrzehntelang gepflegten System des »Gebens und Nehmens«, welches bei dem hohen Anteil an Staatsangestellten auf Kosten der Staatskasse und somit aller Bürger_innen ging.

Erst 1990 wurde das System der vollen Tariffreiheit anerkannt. In den folgenden Jahren wurden erstmals flexible Arbeitsverträge eingeführt, die eine neue Kategorie von Beschäftigten hervorbrachten, die sowohl Flexibilität als auch Schutzlosigkeit auszeichneten. Diese prekär Beschäftigten waren zunächst nicht gewerkschaftlich organisiert. Seit Anfang der 2000er Jahre waren jedoch in verschiedenen Wirtschaftssektoren, unter anderem der Telekommunikation, dem Gastgewerbe, der Gebäudereinigung und den Kurierdiensten gewerkschaftliche Organisationsbestrebungen zu verzeichnen.

Der Machtverlust der Gewerkschaften begann 2010 mit dem Eintritt Griechenlands in die Hilfsprogramme und der Umsetzung der verordneten Sparmaßnahmen, sowie mit der dabei massiv angestiegenen Arbeitslosigkeit. Parallel dazu nahm die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften rasant ab.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Zu den gewerkschaftlichen Dachorganisationen Griechenlands mit großem Einfluss zählen GSEE (Generalverband der griechischen Arbeiter_innen) und ADEDY (Oberster Verband der Vereinigungen der öffentlichen Angestellten). Ein relevanter regionaler Gewerkschaftsverband ist EKA, das Arbeiter_innenzentrum Athens. Zu den wichtigsten und stärksten Branchengewerkschaften gehört GENOP-DEI, die Gewerkschaft der Arbeiter_innen in der öffentlichen Energieversorgung.

GSEE vertritt hauptsächlich die Arbeitnehmer_innen im Privatsektor, aber auch im öffentlichen Sektor Beschäftigte mit befristetem Vertrag (z. B. öffentliche Unternehmen, Banken) sowie Beschäftigte in privatrechtlichen öffentlichen Unternehmen (z. B. die Öffentliche Elektrizitätsgesellschaft DEI). ADEDY ist die Dachorganisation der Angestellten im öffentlichen Sektor, der bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts Beschäftigten und der Angestellten der kommunalen Selbstverwaltung. GSEE und ADEDY bündeln sehr viele Branchengewerkschaften und regionale Verbände. Es gelingt ihnen jedoch nicht, die Interessen ihrer Mitglieder effektiv zu vertreten.

PAME (Militante Arbeiterfront) ist die Gewerkschaftsorganisation der Kommunistischen Partei Griechenlands. Sie wurde 1999 gegründet und kämpft laut eigener Aussage gegen das Kapital, die Europäische Union und die Regierung. Sie versteht sich als eigenständige Gewerkschaftsbewegung, nimmt aber an den Wahlen der GSEE und der ADEDY teil. PAME vertritt private und öffentliche Produktionsbereiche. Sie verfügt weder über Vorstand noch Vorsitzenden, sondern stattdessen ein Exekutivkomitee. PAME ist Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes WGB. Während GSEE und ADEDY oft gemeinsam Aktio-

nen durchführen, organisiert PAME stets im Alleingang ihre eigenen Demonstrationen und Aktionen und versucht regelmäßig, die beiden Dachgewerkschaften zu sabotieren.

Der Verband EKA (Arbeiterzentrum Athens) ist ein regionaler und gleichzeitig der größte Gewerkschaftsverband zweiten Grades in Griechenland. Laut einer internen FES-Studie von 2019 hat EKA 110000 Mitglieder. EKA ist Mitglied der GSEE und des ECTUN (European Capitals Trade Unions Network) und sehr aktiv – sowohl was die Mobilisierung seiner Mitglieder als auch die wissenschaftliche Arbeit seines Institutes angeht.

GENOP-DEI zählt zu den bedeutendsten Branchengewerkschaften Griechenlands. Aufgrund der hohen Beschäftigungszahl der öffentlichen Stromgesellschaft DEI und ihrer Schlüsselrolle beim geplanten Ausstieg aus der Kohleförderung verfügt sie über erheblichen Einfluss. In der Vergangenheit geriet sie jedoch aufgrund von Finanzskandalen (Veruntreuung von Geldern) und fragwürdigen Kreditvergabepraktiken in öffentlichen Misskredit.

Was die Struktur der Gewerkschaften betrifft, sieht das griechische Recht drei Grade vor:

- a) Gewerkschaften des **ersten Grades**. Sie haben rechtliche Autonomie und sind entweder auf eine kleine Region oder ein Unternehmen beschränkt. Sie können Teil einer nationalen Branchengewerkschaft oder eines regionalen Gewerkschaftsverbandes (zweiten Grades) sein.
- b) Gewerkschaften des **zweiten Grades**: Hierbei handelt es sich entweder um nationale Industrie- bzw. Berufsverbände (Branchengewerkschaften, wie z. B. GENOP-DEI) oder um regionale Organisationen, wie das Arbeiterzentrum Athens (EKA).
- c) Gewerkschaften des **dritten Grades**: nationale Dachorganisationen z. B. GSEE und ADEDY, die aus Gewerkschaften des zweiten Grades bestehen.

Die Verbindungen zwischen Gewerkschaften und den politischen Parteien sind in Griechenland traditionell sehr groß. Die Parteien sind direkt in den Gewerkschaften repräsentiert, und zwar in Form von politischen Fraktionen unter anderem Namen, die sich zur Wahl stellen. Die Anzahl der Stimmen einer Fraktion entscheidet über die Anzahl der Sitze im Vorstand der Gewerkschaft. Die Fraktion mit den meisten Sitzen oder eine Koalition aus mehreren Fraktionen bestimmt in Folge den Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes. Die enge Verknüpfung von politischen Parteien und Gewerkschaften ist auch Grund für das mangelnde Vertrauen in der Bevölkerung. Zahlreiche Skandale, Machtmissbrauch und die Durchsetzung von Partikularinteressen haben die Gewerkschaften insgesamt in Misskredit gebracht.

Die Gewerkschaften legen ihre Mitgliederzahlen gewöhnlich nicht offen, öffentlich zugängliche Informationen über Mitgliederzahlen sucht man vergebens. Geplant ist jetzt ein elektronisches Register, in dem auch Mitgliederzahlen ausgewiesen werden sollen.

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Griechenland

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Γενική Συνομοσπονδία Εργατών Ελλάδος, ΓΣΕΕ (Generalverband der griechischen Arbeiter, GSEE)	Vorsitz: Ioannis Panagopoulos Generalsekretär: Nikos Kioutsoukis	rd. 850000	IGB, EGB
Ανώτατη Διοίκηση Δημοσίων Υπαλλήλων, ΑΔΕΔΥ (Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst, ADEDY)	Vorsitz: Ioannis Paidas Generalsekretär: Dimitris Bratis	keine Angabe	EGB, PSI, EPSU

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Griechenland

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Ομοσπονδία Λειτουργών Μέσης Εκπαίδευσης, ΟΛΜΕ (griechischen Sekundarschullehrergewerkschaft, OLME)	ADEDY	Vorsitz: Theodoros Tsouchlas Stv. Vorsitz: Theodoros Malagaris	41 000	ETUCE, EI
Γενική Ομοσπονδία Προσωπικού ΔΕΗ, ΓΕΝΟΠ ΔΕΗ (Gewerkschaft der Arbeiter in der öffentlichen Energieversorgung, GENOP DEI)	GSEE	Vorsitz: Georgios Adamidis Generalsekretär: Antonios Karras	k. A.	EPSU
Ομοσπονδία Συλλόγων Υπηρεσίας Πολιτικής Αεροπορίας, ΟΣΥΠΑ (Gewerkschaft der Griechischen Zivilluftfahrt, OSYPA)	ADEDY	Vorsitz: Konstantinos Triantafyllou Generalsekretär: Kostas Minas	k. A.	ETF, ITF

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die gewerkschaftliche Freiheit ist im Artikel 23 der griechischen Verfassung verankert: »Der Staat ergreift alle geeigneten Maßnahmen, um die gewerkschaftliche Freiheit und die ungehinderte Ausübung der damit verbundenen Rechte gegen jede Straftat im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu gewährleisten.« Die Gründung, die Ziele, die wirtschaftliche Autonomie und der Wahlprozess der Gewerkschaften werden vom Gesetz 1264/1982 bestimmt, das den Titel »Für die Demokratisierung der Gewerkschaften und die Gewährleistung der gewerkschaftlichen Freiheiten der Arbeitnehmer« trägt. Dieses Gesetz gewährleistet auch das Streikrecht und nennt die Voraussetzungen für die Ausübung dieses Rechtes (Art. 20). Im Jahr 2018 kam es zur Reform des Streikrechts, was die Gewerkschaften auf die Straße trieb. Es handelte sich um eine mit den Gläubigern im Rahmen der Anpassungsprogramme vereinbarte Maßnahme. Die Reform veränderte das geforderte Quorum, damit die Versammlung beschlussfähig ist: Es wurde von 1/3 der eingeschriebenen Mitglieder auf 1/2 erhöht. Nach wie vor wird mit Mehrheitsentscheid über einen Streik abgestimmt.

Der Aktionsradius von Gewerkschaften wurden während der Krise von der Regierung stark eingeschränkt. Im Januar 2013

wurde vom konservativen Ministerpräsidenten Antónis Samarás ein Streikverbot im Arbeitskampf der Metrobeschäftigten verhängt. Die Metroarbeiter_innen hatten trotz eines Gerichtsurteils, das den Ausstand für illegal erklärte, ihren Streik fortgesetzt. Ihr Widerstand richtete sich gegen drastische Gehaltskürzungen, Fahrpreiserhöhungen, Kündigungen und die Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Den Beschäftigten war es daraufhin für eineinhalb Jahre untersagt, in Streik zu treten. Zur gleichen Disziplinarmaßnahme griff die Regierung im Mai 2013, als die Lehrer_innen während der panhellenischen Schulabschlussprüfungen einen Streik ausriefen.

Im Februar 2020 wurde dem Parlament ein Gesetzentwurf für die Regelung von Demonstrationen vorgelegt. Es soll verhindert werden, dass das Zentrum Athens (und anderer großer Städte) immer wieder durch kleine Demonstrationen lahmgelegt wird und es dabei immer wieder zu Ausschreitungen kommt. Unter anderem muss jede Kundgebung über einen Organisator/Koordinator verfügen, der für den friedlichen Ablauf verantwortlich und Ansprechperson für die Polizei ist. Der Organisator ist lt. neuem Gesetz für entstehende Schäden und ihre Beseitigung verantwortlich. Von dieser Verantwortung ist er befreit, wenn er die Kundgebung rechtzeitig angemeldet hat und nachweisen kann, dass er alle not-

wendigen Maßnahmen für ihren störungsfreien Ablauf ergriffen hatte. Außerdem wird eine online-Plattform eingerichtet, über die sich die Bürger in Echtzeit über Demonstrationen, Straßensperrungen etc. informieren können. Die Polizei ernannt einen »Polizeilichen Vermittler«, der Kontaktperson zwischen den vor Ort befindlichen Polizeikräften und dem Organisator der Kundgebung ist. Dadurch soll der möglichst störungsfreie Ablauf der Kundgebung sichergestellt werden. Die Kundgebungen können zukünftig aufgelöst werden, nicht genehmigt wurden, oder wenn sich die Teilnehmenden nicht an die Auflagen der Polizei halten. Über das Verbot von Kundgebungen entscheidet eine entsprechende Kommission des Obersten Verwaltungsgerichtes. Das Gesetz wurde bisher noch nicht verabschiedet.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften haben im Zuge der Krise massiv an Durchsetzungsfähigkeit verloren. Ihre Position im sozialpartnerschaftlichen Dialog ist geschwächt, bei der Wahrnehmung ihrer zentralen Aufgaben sind sie auch nach dem Ausstieg Griechenlands aus den Hilfsprogrammen weiterhin an den Rand gedrängt.

Tarifverhandlungen fanden bis 2010 auf Branchenebene statt. Die Ergebnisse wurden für allgemeinverbindlich erklärt. Da die griechische Wirtschaft zum größten Teil aus kleinen und kleinsten Unternehmen besteht, die keinem Verband angehören, war die Allgemeinverbindlichkeit generelle Praxis, um ein Unterlaufen des Tarifs zu verhindern. Auf betrieblicher Ebene waren Tarifverhandlungen ebenfalls möglich, doch sie konnten den Flächentarif nicht unterschreiten (Geltung des Günstigkeitsprinzips). Insgesamt waren ca. 90 Prozent aller Arbeitnehmer_innen von Tarifverträgen erfasst. Im Zuge der Austeritätspolitik wurden das Tarifvertragssystem sowie die Tarifautonomie de facto abgeschafft. Das gewerkschaftliche Verhandlungsmonopol wurde durch das Zulassen von nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmer_innenvertretungen beim Abschluss von Unternehmenstarifverträgen aufgebrochen. Das Prinzip der Allgemeinverbindlichkeit wurde ausgesetzt, die Nachwirkung von Tarifverträgen von sechs auf drei Monate reduziert und die Begrenzung der Geltung von Tarifverträgen auf drei Jahre festgelegt. 2012 wurde der nationale Manteltarifvertrag de facto ausgesetzt, die Lohnentwicklung geriet in freien Fall. Der Mindestlohn wurde in Folge einseitig von der Regierung festgelegt. Erst nach Ende der Hilfsprogramme im August 2018 leitete das Arbeitsministerium erste Schritte zur Wiederherstellung der Tarifautonomie ein und begann mit der schrittweisen Wiedereinführung von Branchenverträgen mit Allgemeinverbindlichkeit. Unter der neuen konservativen Regierung wurde im Herbst 2019 ein Gesetz verabschiedet, welches das Günstigkeitsprinzip de facto aushebelte: So wurde festgesetzt, dass regionale Branchentarifverträge den nationalen Flächentarif künftig unterschreiten dürfen. Außerdem können Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. bei finanziellen Engpässen) von Regelungen des jeweiligen Branchentarifvertrages abweichen. Die Gewerkschaften reagierten mit Demonstrationen und Streiks, die größte Oppositionspartei SYRIZA warf der Regierung eine Rückkehr in die Zeit der Sparme-

moranden vor.

2012 wurde die staatliche Festlegung des Mindestlohns beschlossen, der Mindestlohn von 750 Euro auf 586 Euro (für Arbeitnehmer_innen über 25 Jahre) bzw. 510 Euro (unter 25 Jahren) gesenkt. Auch nach dem Austritt Griechenlands aus den Hilfsprogrammen wird der Mindestlohn weiterhin per Gesetz durch das Arbeitsministerium festgelegt, nach Konsultationen mit den Sozialpartnern. Zum 1.2.2019 wurde der Mindestlohn auf 650 Euro angehoben, der geringere Mindestlohn für unter 25-Jährige wurde abgeschafft. Kriterien für die Festlegung des Mindestlohns sind Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und die allgemeine Situation der griechischen Wirtschaft. Über eine erneute Anhebung wird derzeit beraten.

Die Gewerkschaft GSEE nimmt am tripartiten sozialen Dialog im Rahmen verschiedener nationaler Institutionen teil, wie beispielsweise der griechischen Arbeitsagentur OAED, des einheitlichen Trägers für Sozialversicherung EFKA oder des nationalen Wirtschafts- und Sozialausschusses OKE. Dieses relativ neue Gremium wurde nach dem Vorbild des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses angelegt, umfasst Vertreter_innen der Sozialpartner, der Parteien und der Zivilgesellschaft und wird vor relevanten Gesetzesvorhaben beratend tätig. Es ist schwer abzuschätzen, ob und inwieweit die Gewerkschaftsvertretungen tatsächlich gestalterischen Einfluss auf sozialpolitische Entscheidungen haben.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die griechischen Gewerkschaften haben in den vergangenen zehn Jahren massiv an Einfluss, Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Gestaltungsmacht verloren. Dementsprechend ist ihr politisches Gewicht derzeit äußerst gering. Die Tatsache, dass es traditionell keinen institutionell verankerten Sozialdialog gibt, hat zu ihrer Schwächung maßgeblich beigetragen.

Gewerkschaften gelten gemeinhin als unglaubwürdig, ineffektiv, klientelistisch organisiert und parteienabhängig. So gaben im Jahr 2013 in einer Meinungsumfrage 95,2 Prozent der Befragten an, Gewerkschaften hätten nichts oder sehr wenig unternommen, um die soziale Kahlschlagpolitik zu verhindern. Zwei Jahre vorher, also noch relativ zu Beginn der Krise, gaben nur 7 Prozent der Befragten an, dass sie Vertrauen in die Gewerkschaftsführer hätten.

Die griechischen Gewerkschaften haben sich jahrzehntelang im Kampf um Pfründe zu eng an die politischen Parteien und an staatliche Unternehmen gebunden. Während der Krise wurde ihnen sowohl von den Gläubigern als auch der Gesellschaft Mitschuld an der Eskalation der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Situation vorgeworfen. Wenig hilfreich war hierbei auch die Haltung der bis Juli 2019 regierenden SYRIZA-Partei, Gewerkschaften als Verhandlungspartner außen vor zu lassen. Es ist bemerkenswert, dass der damalige Premierminister Tsipras sich kein einziges Mal mit dem GSEE-Vorsitzenden Panagopoulos getroffen hat.

Angeichts dieser eher düsteren Bestandsaufnahme sind die

politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen imens. Es geht um die Rückgewinnung des Vertrauens, um personelle Erneuerung, die Überwindung parteipolitischer Abhängigkeiten, die Entwicklung innovativer Instrumentarien zur Artikulierung der Interessen ihrer Mitglieder, die Rekrutierung neuer Mitglieder (z.B. Migrant_innen) und eine verbesserte Repräsentation von Frauen und jungen Menschen. Die Gewerkschaften müssen ihre Rolle als Reform-Verhinderer ablegen und sich als relevanter Akteur im Prozess der Politikgestaltung neu erfinden. Dazu gehört neben personeller Erneuerung – der GSEE-Vorsitzende Panagopoulos ist seit 2006 im Amt und im März 2020 erneut gewählt worden – auch die Überwindung der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.